Januar 2012 Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

PARLAMENTSREPORT

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Dresdner haben sich beim Bürgerentscheid mit 85 Prozent der abgegebenen Stimmen für den Erhalt der Krankenhäuser Friedrichstadt und Neustadt als städtische Eigenbetriebe entschieden und damit die Umwandlung in eine GmbH-Rechtsform gestoppt, die von vielen als Einstieg in den Verkauf an einen privaten Konzern gesehen wird. Was hat dieses kommunale Ergebnis direkter Demokratie, für das sich die Dresdner LINKE mit großem Engagement stark gemacht hat, mit der sächsischen Landespolitik zu tun? Das erste und wichtigste Glaubensbekenntnis der von der CDU seit über 21 Jahren zeitweilig allein bestimmten und bis heute dominierten Regierungspolitik lautet: Im Zweifel ist alles zu privatisieren, was irgendwie an öffentlichem Eigentum verkäuflich ist, denn private Unternehmen können angeblich grundsätzlich besser rechnen als öffentliche.

Das mag aus Sicht einer sächsischen Staatsregierung, die es nicht mal rechtzeitig mitbekommt, dass man mehr junge Lehrer/innen ausbilden und einstellen muss, wenn pro Jahr 1.500 Pädagogen in Rente gehen, aber nur 700 Absolventen von der Uni kommen, sogar zutreffen. Der gesunde Menschenverstand aber weiß, dass es eine Menge Dinge im Leben gibt, die ganz wichtig sind und trotzdem nicht auf den Marktplatz gehören. Gesundheit ist keine Ware, Bildung der Kinder muss unabhängig vom Geldbeutel der Eltern sein, und Kultur ist für alle da. Deshalb werden wir uns auch weiter dagegen wehren, dass der Schlosspark Pillnitz künftig nur noch gegen Eintritt zugänglich sein soll, wie CDU und FDP es wollen.

Dr. André Hahn
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

MdL Dr. Volker Külow mit Jugendlichen aus Leipzig und Umgebung am Grab des jüdischen Fabrikanten Berthold Levy auf dem Alten Israelitischen Friedhof in Leipzig.

Gedenken setzt Wissen voraus

67 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz luden die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner/innen, das Friedenszentrum Leipzig, die Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen und die Landtagsfraktion DIE LINKE als Schirmherrin ca. 350 Schülerinnen und Schüler vom Beruflichen Schulzentrum Wurzen sowie aus den Gymnasien in Geithain, Groitzsch, Borna und Leipzig in die Messestadt ein, um ihnen auf eine ungewöhnliche Weise den Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus nahe zu bringen.

Der Auftakt zur Veranstaltung „Gedenken setzt Wissen voraus“ erfolgte cineastisch: Im altehrwürdigen Filmtheater UT-Connewitz flimmerte der MDR-Film „Der kleine Junge und die Nazis“ über die Leinwand. Binnen 45 Minuten lernten die Jugendlichen Hans Richard Levy kennen, der 1939 als Neunjähriger mit einem Kindertransport nach England gelangte, während die meisten seiner jüdischen Altersgenossen und deren Familien wenig später in den Gaskammern der Nazis starben. „Wenn man den Namen eines einzigen Opfers behält, kann man eine Art ideelle Patenschaft des Gedenkens für alle übernehmen“, wandte sich MdL Volker Külow an die jungen Gäste und erklärte, was das alles mit dem Hier und Heute zu tun hat: „Leider sucht der gleiche Hass, der damals Juden und Nichtjuden, Sinti und Roma, Homosexuelle und viele andere diskriminierte Menschen traf, erneut seine Opfer: Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und nationaler Größenwahn sind auch heutzutage sehr präsent, wie zuletzt die grausame Mordserie des von Sachsen aus operierenden rechtsextremistischen Terrortrios beweist.“

Damit die Geschichte Hans Richard Levys lebendig bleibt, übergaben die Veranstalter mehrere Klassensätze des Buches „Er war doch nur ein neunjähriger Junge: Hans Richard Levy.“ Das Buch thematisiert die Kindertransporte von 1938/39 und zeigt beispielhaft die planmäßige Ruinierung jüdischer Firmen ab 1933. Zudem wird die Geschichte Richard Frank Levys – Hans Richards Großvater – der als Jude den Krieg überlebte und von 1945 bis 1953 Vorsitzender bzw. Ehrenvorsitzender der jüdischen Gemeinde in Leipzig war, dargestellt. Die Levy-Bücher wurden allesamt gespendet, unter anderem von den MdL der LINKEN Kerstin Köditz, Dr. Monika Runge, Cornelia Falken, Enrico Stange und Dr. Volker Külow sowie den LINKEN Bundestagsmitgliedern Barbara Höll und Axel Troost.

Wertvolle Spende: Klassensätze des Buches „Er war doch nur ein neunjähriger Junge: Hans Richard Levy“ für Schüler und Schülerinnen aus Wurzen, Geithain, Borna, Groitzsch und Leipzig.

Am 27. Januar lernten die jungen Besucher mit Rolf Richter auch einen Zeitzeugen der Pogromnacht in Leipzig kennen; hörten sie Gedanken zur Kunstaktion Stolpersteine, präsentiert von „Reimteufel“ Marco Helbig, Preisträger von „Couragiert in Leipzig – 2011“. Den Bogen zu Ausgrenzung, Deportationen und Fremdenfeindlichkeit in heutiger Zeit schlug Stephan Bosch von der Abschiebehaftgruppe Leipzig, Träger des Leipziger Friedenspreises. Last but no least beantwortete Petra Dehmel von der Zeitschrift „Juden in Sachsen“ Fragen zum heutigen Leben jüdischer Menschen im Freistaat.

Nach Abschluss der Veranstaltung im UT Connewitz (be)suchten die Schüler/innen historische Erinnerungs-Orte in Leipzig, darunter den Stolperstein für Berthold Levy und die Gedenkstätte der ehemaligen Synagoge. Der Tag ging mit einem Besuch des Grabes von Berthold Levy auf dem Alten Israelitischen Friedhof ebenso emotional wie würdevoll zu Ende.

„Die Schreckens-Taten der Nazis sind eine Aufforderung an uns alle, sich gegen Ausgrenzung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit möglichst frühzeitig zu wenden und da ist jeder gefordert“, wandte sich Külow an die Jugendlichen und gab ihnen eine Weisheit des englischen Philosophen Edmund Burke mit auf den Weg: „Für den Triumph des Bösen reicht es, wenn die Guten nichts tun.“

Fotos: DAK

Volles Haus im UT Connewitz

Kein Kassenhaus am Schlosspark Pillnitz!

Annekatrin Klepsch ist Dresdnerin, Stadträtin und Landtagsabgeordnete der LINKEN. Nicht nur für sie ist der Schlosspark Pillnitz ein öffentliches Gut. Damit das so bleibt, machte die Linksfraktion gemeinsam mit der SPD die von der Koalition beabsichtigte Umzäunung des Parks zum Thema der Aktuellen Debatte der 48. Landtagssitzung am 24. Januar 2012. „Sachsens Schlösser, Burgen und Gärten müssen als Staatsbetriebe erhalten bleiben“, forderte Klepsch: „Privatisierung und Kommerzialisierung muss verhindert werden.“

Dass den Pillnitzern die Brisanz des drohenden Abkassierens durchaus bewusst ist, lässt sich an der schnellen Gründung einer Bürgerinitiative pro freien Park ablesen. **Annekatrin Klepsch** zitierte in ihrem Redebeitrag ein Rentnerehepaar, das sich die Fahrkarten nach Pillnitz schon heute von der mageren Rente abspart und angesichts des drohenden Eintritts künftig wird auf Parkbesuche verzichten müssen.

MdL Annekatrin Klepsch

Für die Redner von CDU und FPD sowie für Finanzminister Unland stellt sich die Sachlage freilich ganz anders da. Unisono betonten sie, die Gelder seien zum Erhalt der Anlage alternativlos und mit zwei Euro Eintrittsgeld wäre niemand überfordert. Wer wie Wirtschaftsminister Morlok 5.000 Euro für eine Schreibtischlampe ausgibt, kann wohl nicht anders.

DIE LINKE sieht jedoch ein doppeltes Abkassieren, da die Parkanlage bereits über Steuergelder unterhalten wird. Zudem ist klar, dass zwei Euro nur der Anfang sein werden. Andere, mit Eintrittsgeldern belegte Parks und Gärten beweisen, dass der Preis, ist er erst mal erhoben, schnell steigt. Klepsch: „Pillnitz ist auch jenseits aller tourismuspolitischen Aspekte Naherholungsgebiet für die Einwohnerinnen und Einwohner dieses Stadtteils, der Stadt sowie der anliegenden Landkreise und sollte deshalb allen offenstehen.“

Mit der unterdessen seitens des Finanzministers bereits verkündeten Umwandlung des Staatsbetriebes Schlösser, Burgen und Gärten zur gemeinnützige Gesellschaft, muss zudem mit Einschnitten bei der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen der hier Tätigen gerechnet werden.

User: Nikater (Wikimedia Commons)

Schlosspark Pillnitz, Bergpalais mit barockem Lustgarten

Anderes Wort für Wendehals? FDP!

Holger Zastrow hatte übrigens kein Problem damit, dass die FDP am 9. März 2005 – damals noch als Oppositionsfaktion – einen Antrag zur Verhinderung von Eintrittsgeldern für den Schlosspark Pillnitz gestellt und er selbst eine flammende Rede gegen das Kassemachen auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger gehalten hat. Für Interessierte nachzulesen unter der Drucksachennummer 4/0889. Heute erklärt Zastrow, jeder könne seine Meinung ändern. Anders ausgedrückt: Was stört mich mein Geschwätz von gestern…

Mit Scharlatanerie gegen Lehrermangel?

In der zweiten Aktuellen Debatte des Januar-Plenums – ebenfalls mit der SPD-Fraktion beantragt – widmete sich DIE LINKE dem Lehrermangel im Freistaat und der desaströsen Politik von Kultusminister Wöller (CDU). Unter dem Titel „Schwarzgelbe Scharlatanerie: Wie durch Stellenabbau Lehrermangel bekämpft werden soll“ eröffnete **MdL Verena Meiwald** die Reden-Runde und kritisierte Wöllers Absicht, Lehrer aus anderen Bundesländern zu deren Anstellungsbedingungen nach Sachsen holen zu wollen: „Mit einem Zwei-Klassen-System im Lehrerzimmer ist die Grenze des Zumutbaren erreicht!“, so Meiwald.

In Sachsen werden 75 Prozent der Lehrer bis 2030 altersbedingt aus dem Schuldienst ausscheiden, weshalb jährlich bis zu 1.500 neue Lehrer eingestellt werden müssten. Stattdessen aber stehen bis 2020 weitere 5.000 Lehrerstellen zur Disposition! Das kürzlich präsentierte „Bildungspaket“ wird dies nicht heilen. „Die 2.200 Neu-Einstellungen in vier Stufen widersprechen selbst dem von Ihnen, Herr Wöller, ermittelten Bedarf“, rechnete Verena Meiwald vor, die auch persönlich die Auswirkungen des „System Wöller“ zu spüren bekommt: „Zu den Studenten, die Sachsen den Rücken kehren, gehört auch meine Tochter. Wenn die Staatsregierung nicht einmal die jungen Leute in Sachsen halten kann, die hier ausgebildet worden sind, wird das Problem nicht zu lösen sein.“

Der hochschulpolitische Sprecher der Linksfraktion **Prof. Gerhard Besier** warf Minister Wöller vor, die Entwicklung verschlafen zu haben: „Zwischen Geburt und Einschulung liegen bekanntlich sechs Jahre – hätte das Kultusministerium rechtzeitig auf steigende Geburtenzahlen reagiert, stünden die Schulen in Sachsen jetzt nicht vor der Katastrophe. Die Lehrerausbildung dauert fünf, sechs Jahre und diese Zeit fehlt uns jetzt. Und ob es überhaupt zu einer Sondervereinbarung mit der TU Chemnitz über Grundschullehrer-Ausbildung kommt, ist angesichts des geheimniskrämerischen Umgangs mit der Hochschule im Vorfeld noch offen.“

Nach heftiger Kritik selbst aus den Reihen der CDU musste Minister Wöller inzwischen nachgeben und „verkauft“ das „Bildungspaket“ jetzt nur noch als „Handlungsrahmen“. Allerdings bezweifelt nicht nur DIE LINKE, dass sich mit den geplanten Maßnahmen die bevorstehende Lehrkräften-Lücke auch nur annähernd wird füllen lassen. Eine Arbeitsgruppe soll es jetzt richten und bis Juni ein Konzept vorlegen.

Foto: efa

Klasse lee(h)r ....

Behörden-Wander-Zirkus geht auf Tournee

Gleich mit drei Rednern ging die Fraktion DIE LINKE in die Debatte um das Gesetz der Koalition zur „Neuordnung von Standorten der Verwaltung und Justiz des Freistaates Sachsen“, besser bekannt als „Behördenmonopoly, Behördenroulette oder Behördenwanderzirkus.

Für Innenpolitiker **Rico Gebhardt** ist der geplante Staatsumbau weder objektiv geplant noch wirtschaftlich sinnvoll: „So löst der unsinnige Umzug des Landesrechnungshofes nach Döbeln einen grotesken Dominoeffekt von Behördenverlagerungen aus. Laut Umsetzungskonzeption soll der Rechnungshof in die Räumlichkeiten der Außenstelle des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr in Döbeln umziehen, die sich wiederum mit seiner Chemnitzer Zentrale in das Finanzamt Zschopau zu begeben hat, welches im Amtsgericht Annaberg-Buchholz ein neues Zuhause finden soll, das wiederum aufgelöst und mit Marienberg ebendort durch einen Erweiterungsumbau des jetzigen Standortes fusioniert werden soll.“

© Uli Carthäuser / PIXELIO

Rechtsexperte **Klaus Bartl** bemängelte das Fehlen einer seriösen Kosten-Analyse und eines tragfähigen Personalentwicklungskonzeptes. **Heiko Kosel**, Minderheitenbeauftragter der Fraktion, sieht mit der Herabstufung des Landgerichtes Bautzen zur Außenstelle des Gerichtes in Görlitz die Verfassung verletzt, nach der Sorben das Recht haben, in ihren Heimatkreisen Verhandlungen in ihrer Muttersprache zu führen.

Mit der Umstrukturierung der Landesbehörden werden die Wege für die Bürgerinnen und Bürger länger und der Service geringer. „Schließungen von Standorten wären nur dann vertretbar, wenn eine qualitätsvolle Aufgabenerfüllung in einem kleinen Standort entweder gar nicht mehr oder nur unter sehr hohen Kosten gesichert werden kann“, so Gebhardt. DIE LINKE lehnte das Standortegesetz ab. Dennoch wurde es mit 56:68 Stimmen durchs Parlament gebracht.

Für einen bezahlbaren Umbau der Energieversorgung

Mit der Ablehnung des Antrags der LINKEN für ein sozial ausgewogenes „Energie- und Klimaprogramm Sachsen 2020“ (Drs 5/7778) im Januar-Plenum untermauert die Koalition ihren Unwillen, in Sachen Energiewende tätig zu werden. Dabei hatte DIE LINKE ein schlüssiges Maßnahmebündel zum strategischen Umbau der Energieversorgung vorgestellt, das mehr als die durchaus muntere Diskussion im Parlament wert gewesen wäre.

Für die Sprecherin für Energiepolitik **Dr. Monika Runge** gehört zu den zentralen Punkten des Programms, dass die im Osten Deutschlands anfallenden hohen Netzentgelte nicht länger nur regional umgelegt werden dürfen. „Außerdem ist die Bundestarifentgeltverordnung so zu ändern, dass die Sonderkundenumlage zur Entlastung der energieintensiven Industrie, die gleichzeitig zur Belastung für kleine und mittlere Unternehmen sowie für alle Bürgerinnen und Bürger wird, wieder aufgehoben wird. Auch die teilweise Befreiung der energieintensiven Industrie von der gesetzlichen Erneuerbare-Energien-Umlage muss rückgängig gemacht werden, ist sie doch nichts weiter als eine indirekte staatliche Beihilfe“, so Runge.

MdL Dr. Monika Runge

DIE LINKE plädiert dafür, dass an der Energiebörse Leipzig eine Transparenzstelle und eine verschärfte Börsenaufsicht geschaffen wird, die Manipulationsstrategien und Insiderhandel unterbinden. Zudem sollte die staatliche Preisgenehmigungspflicht für private Verbraucherinnen und Verbraucher wieder eingeführt werden, denn immer mehr einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger können ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen. Die Einführung eines Sozialtarifs mit Bonussystem würde hier Abhilfe schaffen. Diese Kosten dafür könnten aus einem Fonds bezahlt werden, der durch die an der Börse anfallenden Zufallsgewinne (windfallprofits) im Zusammenhang mit dem CO_2-Emissionshandel gespeist wird.

Plenarspiegel Januar 2012

Im Januar fand die 48. und 49. Sitzung des Sächsischen Landtags statt. Folgende parlamentarische Initiativen ließ die Fraktion DIE LINKE am 25. und 26. Januar 2012 im Plenum behandeln:

Aktuelle Debatten (Fraktion DIE LINKE & SPD-Fraktion):
1. „Kein Eintrittsgeld in den **Schlosspark Pillnitz** – Schlösser, Burgen, Gärten als Staatsbetrieb erhalten: Privatisierung und Kommerzialisierung verhindern!“

2. „Schwarzgelbe Scharlatanerie: Wie durch Stellenabbau **Lehrermangel** bekämpft werden soll.“

Gesetzentwurf (1. Lesung):
„Gesetz zur **Verdoppelung der Investitionspauschale** für die Kreisfreien Städte und Landkreise im Jahr 2012“ *(Drs 5/7777)*

Neben dem Antrag zum „Energie- und Klimaprogramm Sachsen 2020“ (s. nebenstehender Beitrag) brachte die Fraktion DIE LINKE einen Antrag zu „Konsequenzen aus dem Verbraucherbericht 2011“ ein. *(Drs 5/7889)* Beide Anträge wurden mit schwarz-gelber Landtagsmehrheit abgelehnt.

Große Anfrage: „Stand und Perspektiven der ambulanten und stationären ärztlichen Versorgung in Sachsen“ und die Antwort der Staatsregierung *(Drs 5/5858)*

In den Berichten der Ausschüsse waren folgende Anträge der Fraktion DIE LINKE enthalten: „Einsatz von Pfeffersprühgeräten als ‚polizeiliches Hilfsmittel‘ deutlich einschränken“ *(Drs 5/6177)*
„Mieterrechte schützen – energetische Modernisierung von Wohnraum sozial gerecht ermöglichen“ *(Drs 5/6235)*
„Akademische Studienangebote für Pflege und Gesundheit im Freistaat Sachsen fördern“ *(Drs 5/6233)*

Auf Empfehlung der zuständigen Landtags-Ausschüsse lehnte die Mehrheit im Plenum diese Anträge ab.

Drucksachen (Drs) und Redebeiträge unter www.linksfraktion-sachsen.de

„Kein Ort. Nirgends“ – DIE LINKE zeigt Ausstellung über Christa Wolf

Das Interesse war überwältigend! Weit mehr als einhundert Gäste strömten am 24. Januar zur Eröffnung der Ausstellung „Kein Ort. Nirgends“ in den Sächsischen Landtag. Hier hat die Fraktion DIE LINKE in Zusammenarbeit mit Schauspieler und Bücherbewahrer Peter Sodann eine Ausstellung über Christa Wolf aufgebaut und erinnerte damit erstmals nach ihrem Tod Ende vergangenen Jahres an die bemerkenswerte Autorin und die Magie ihrer Werke.

Still wurde es, als die Originalstimme Christa Wolfs erklang. Das Einspiel ihrer Rede vom 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz schien die Zeit zurückzudrehen. Den Blick zurück wagten auch Dr. André Hahn und Peter Sodann (Bild links unten), die die Zeit, die Autorin und das Besondere ihres Schreibens persönlich reflektierten. Gekonnt schlossen Schauspielerin Bettina Sörgel und Literaturwissenschaftler Prof. Dr. Klaus Schuhmann (Bild rechts unten) hier mit ihrer szenischen Lesung an und machten Lust auf mehr Literatur a la Wolf. Dicht umlagert waren dann auch die Vitrinen und Tische mit Fotos, Textauszüge, Erstausgaben und fremdsprachige Übersetzungen von Wolf-Büchern.

Die Gespräche und Diskussionen blieben da aber nicht stehen, schnell war der Bogen zur aktuellen Kulturpolitik geschlagen. Nicht nur Peter Sodann beklagte den Mangel an Wertschätzung, den gute Literatur heute erfährt. Mit seiner im Aufbau befindlichen Bibliothek zur DDR-Literatur in Staucha – das liegt zwischen Döbeln und Riesa – will der Schauspieler einen Ort schaffen, der das gedruckte kulturelle Erbe Ostdeutschlands bewahrt und der Öffentlichkeit zugänglich macht. „Angesichts der Aushöhlung des Kulturraumgesetzes ein wichtiges Zeichen“, unterstützt LINKE-Kulturpolitiker Dr. Volker Külow (Bild rechts unten, li.) das Vorhaben und hofft, dass die Initiative Sodanns auch die Diskussion um ein neues und dringend nötiges Bibliotheksgesetz für Sachsens befördert.

> „Wohl nie hat so viel Liebe eine Tote zum Grab geleitet.“
>
> *Volker Braun in seiner Grabrede für Christa Wolf*

Die Ausstellung „Kein Ort. Nirgends“, zu der auch eine Video-Präsentation gehört, ist noch bis zum 24. Februar 2012 zu sehen: Immer montags bis freitags, 10 bis 16 Uhr in der Lobby der 4. Etage im Sächsischen Landtag. Der Eintritt ist frei, Besucher müssen sich allerdings an der Pforte ausweisen.

Fotos: efa

Rien ne va plus – Mit Behördenroulette zum Gewinn

Ende 2011 informierte die LINKE Landtagsfraktion die Sächsinnen und Sachsen via Bürgerzeitung über ihre parlamentarische Arbeit und lud zugleich ein, ein Kreuzworträtsel zu lösen und darüber auf ein Wort zu stoßen, welches das jetzt beschlossene Standorte-Konzept als Teil der sog. „Staatsmodernisierung“ treffender beschreibt, als dass es der Staatsregierung lieb sein dürfte.

Fast 1.200 Leserinnen und Leser stellten sich der Aufgabe, zehn von ihnen führte das Lösungswort „**Behördenroulette**“ zum Gewinn: Über Bücher, Hörbücher und Buchgutscheine vom Verlag Eulenspiegel freuten sich: Fam. Feldrappe aus Zwenkau, Fam. Semrau aus Güstrow, Fam. Lindner aus Muldenhammer, Fam. Monzner aus Olbernhau, Fam. Armbruster aus Plauen, Fam. Klemm aus Ostrau, Fam. Hempel aus Leipzig, Fam. Grohmann aus Olbersdorf, Fam. Dinter aus Dresden und Fam. Lörtscher aus Ebersbach.

Den Hauptgewinn aber räumte Volker Lachmann ab! Der Freitaler wird im März samt Begleitung in Dresden erwartet. Hier geht es zunächst zum Betriebsbesuch ins Dresdner Druck- und Verlagshaus, anschließende ist der Gewinner bei der Fraktion DIE LINKE – und hier konkret beim Vorsitzenden Dr. André Hahn eingeladen.

© Elke Hannmann / PIXELIO

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon 0351/493-5800,
Fax 0351/493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Elke Fahr

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag